

»Frieden lernen«

Position von *pax christi* Rottenburg-Stuttgart

Sehen

»Der Geist der Gewaltfreiheit bewahrt davon, dass wir die Allgegenwärtigkeit der Gewalt einfach hinnehmen, uns gar an Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung gewöhnen. [...] Nach unserem Verständnis bildet deshalb der Geist der Gewaltfreiheit eine unersetzliche Quelle der Inspiration [...] für die Entwicklung von Konzepten, Methoden und Instrumenten der Konfliktregulierung, die auf die Minimierung, ja Überwindung von Gewalt ausgerichtet sind. [...]«
(Gerechter Friede, S. 42/43)

Die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft

Die veränderten Bedingungen und Vorgaben der aktuellen deutschen Außen- und Verteidigungspolitik, die immer größere Einsatzfähigkeit des Militärs, die »Out of area«-Einsätze und die Modernisierung der Bundeswehr sind eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. *pax christi* Rottenburg-Stuttgart stellt sich dieser neuen Entwicklung.

Deutschland exportiert weiterhin Militärtechnik in Länder mit Menschenrechtsverletzungen und bewaffneten Konflikten und begründet Einsätze mit ökonomischen und politisch-strategischen Interessen.

Frieden scheint immer öfter als Frage der Sicherheit aus einer militärischen Perspektive diskutiert zu werden.

Seit 2008 schlossen die Bundeswehr und die Kultusministerien mehrerer Bundesländer Kooperationsvereinbarungen ab. Mit diesen erhalten Jugendoffiziere einen privilegierten Zugang an Schulen und können somit ihre Vorstellungen von Sicherheitspolitik den Jugendlichen darlegen. Mit der Militarisierung der deutschen Politik, verstärkten Auslandseinsätzen und dem Ende der Wehrpflicht sucht die Bundeswehr nach neuen Möglichkeiten, Nachwuchs zu gewinnen.

Es bildeten sich verschiedene Bündnisse gegen diese Praxis, die seit Jahren dagegen protestieren und die Kündigung der Kooperationsvereinbarungen fordern.

Als ein Erfolg der Friedensorganisationen ist zu sehen, dass es in der neuen Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr weniger Möglichkeiten für die Bundeswehr gibt:

- a) Die Jugendoffiziere dürfen bei Schulveranstaltungen nicht für den Dienst in der Bundeswehr werben.
- b) Für Referendare ist die Teilnahme an Veranstaltungen mit Jugendoffizieren nicht mehr verpflichtend.
- c) Die Jugendoffiziere müssen im Unterricht den Beutelsbacher Konsens beachten. Er bedeutet: a) In der Gesellschaft umstrittene Themen müssen auch im Unterricht als umstritten dargestellt werden. b) Es gilt ein Überwältigungsverbot: Den Schülern darf nicht eine Meinung als die allgemein gültige dargestellt werden, die ihnen aufoktroiiert wird.

Aus der deutlichen Kritik an der erneuten Militarisierung der Gesellschaft entwickelte sich ein neuer Ansatz:

die Friedensbildung.

Auch in den Kirchen wird in den letzten Jahren wieder häufiger über aktuelle politische Themen diskutiert und durch das Thema Frieden auch die Verantwortung der Christen benannt. Das Bischofswort »Gerechter Friede« aus dem Jahr 2000 ist eine gute Grundlage für die dringend notwendige neue Friedensdiskussion in der katholischen Kirche.

Im Jahr 2015 erarbeitet das Verteidigungsministerium ein neues Weißbuch »Sicherheit«. Bisher wurde kein einziger Kritiker dazu gehört. Es stellt sich die Frage, ob die Friedensbewegung und die Kirchen dieser Entwicklung etwas entgegensetzen möchten und können.

Urteilen

»Zum Dienst für den Frieden gehört es, sich auch im Rahmen einer gewaltbewehrten Friedensordnung für jenes Mehr an Gewaltlosigkeit, Gerechtigkeit und Versöhnung einzusetzen, [...] und zwar wo und wann immer dies möglich ist.«
(Gerechter Friede, 55)

pax christi stellt fest, dass zwar das Thema Frieden in den Bildungsplänen vorhanden ist, oft jedoch im Zusammenhang mit einem einseitigen Sicherheitsbegriff. Neu ist, dass in letzter Zeit vonseiten des Kultusministeriums über den Begriff »Friedensbildung« gesprochen wird.

Frieden als Inhalt von Bildung bedeutet für uns nicht nur, die unmittelbaren Auswirkungen von Krieg und Rüstung zu beschreiben, sondern muss auch die langfristigen Folgen, wie den Verbrauch wertvoller Ressourcen, aufzeigen. Genauso wichtig ist die Berücksichtigung der Sichtweise, dass durch Krieg und Rüstung die drängenden Menschheitsfragen wie Hunger, Ungerechtigkeit, Klimawandel sowie die Flüchtlingsfrage noch verschärft werden.

pax christi kritisiert, dass die kritische Auseinandersetzung mit dem erweiterten Sicherheitsbegriff, mit dem Vermischen der verschiedensten Bedrohungen von Staaten und Gesellschaften und mit der Rechtfertigung von militärischen Maßnahmen in der öffentlichen Diskussion fehlt.

Politik setzt den Schwerpunkt immer noch auf die Schaffung von Sicherheit durch Militär, anstatt die Erhaltung des Friedens durch zivile Konfliktbearbeitung in den Vordergrund zu rücken.

Der Friedensauftrag Jesu Christi bedeutet für *pax christi*, Konflikte ohne Gewalt zu klären und zu lösen. Dabei sind die Bereitschaft und die Fähigkeit, sich in die Einstellung anderer Menschen und Gruppen einzufühlen, eine wichtige Voraussetzung.

zum Thema Friedensbildung

Friedensbildung setzt sich aus drei großen Bereichen der Bildung zusammen. Sie ist:

- Teil der politischen Bildung allgemein, da Frieden Inhalt und Ziel sein muss, wenn die Vorgaben der Landesverfassung ernst genommen werden;
- Teil des globalen Lernens, da Frieden auch zwischen mehreren Ländern oder Kulturkreisen gestiftet werden muss;
- Teil der ethischen Bildung, da Frieden ein ethischer und religiöser Wert an sich ist, der sich auch aus dem Menschenrecht auf Leben ergibt.

Die Politik gibt zwar zu, dass Menschenrechtsverletzungen und bewaffnete Auseinandersetzungen nur politisch und nicht militärisch gelöst werden können, tut jedoch zu wenig, um die zivile Bearbeitung von Konflikten zu fördern. *pax christi* setzt sich dafür ein, dies zu ändern.

Friedensbildung kritisiert den Versuch militärischer Konfliktlösung und will eine Alternative aufzeigen. Zivile und gewaltlose Konfliktbearbeitung soll kennengelernt und eingeübt werden.

Eine gewaltpräventive Konfliktbearbeitung hat klare Priorität. »Äußerste Anstrengungen, Gewalt zu vermeiden, sind nicht bloß empfohlen, sondern im strikten Sinne verpflichtend [...]«

(Gerechter Friede, 66)

Handeln

pax christi Rottenburg-Stuttgart war im Jahr 2010 Gründungsmitglied der Kampagne »Schulfrei für die Bundeswehr«, 2013 wurde die Kampagne mit dem Begriff »Lernen für den Frieden« erweitert. Kontinuierlich und mit langem Atem haben verschiedene Friedensorganisationen die Forderung nach einer Kündigung der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr aufrechterhalten. Der Passus in der Landesverfassung »Erziehung zur Brüderlichkeit und Frieden« wurde verstärkt in den

Mittelpunkt gerückt. So wurde der Forderung Nachdruck verliehen, das Thema Friedensbildung in die Bildungspläne fächerübergreifend zu übernehmen. Dann wäre es auch in der Lehrerbildung und -fortbildung enthalten. Im Oktober 2014 unterschrieb *pax christi* Rottenburg-Stuttgart mit dem Kultusministerium und anderen Friedensorganisationen eine »Gemeinsame Erklärung zur Friedensbildung«.

In dieser wird ein gemeinsamer Dialog auf Augenhöhe angekündigt, mit dem Ziel, eine Servicestelle einzurichten. Diese soll Materialien und Know-how den Lehrerinnen und Lehrern zur Verfügung stellen sowie die Ausbildung und Fortbildung von Lehrkräften mit Themen zu Frieden und ziviler Konfliktbearbeitung verbessern. Die Vereinbarung wurde am 17.04.2015 unterschrieben, und seit dem 01.08.2015 ist die Servicestelle mit einer Hauptamtlichen besetzt.

pax christi arbeitet an diesem Dialog kontinuierlich mit.

Die Handlungsoptionen von *pax christi* Rottenburg-Stuttgart

Einflussnahme auf die Inhalte der Bildungspläne:

Der Auftrag der Verfassung des Landes Baden-Württemberg von 1953, die »Jugend [...] zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe [...] zu erziehen« (Art. 12), bedeutet die Vermittlung der personalen Kompetenz, einem gerechten Frieden zu dienen statt militärischen Konfliktstrategien. Im Schulalltag sollte sie erfahrbar werden, sowohl durch das Verhalten der Lehrkräfte als auch handlungsorientiert in den Klassengemeinschaften. Im Lebensraum Schule kann durch die Einübung von Umgangsformen, die auf fairem und gewaltfreiem Konfliktaustrag beruhen, das Schulklima geprägt werden. So muss fächerübergreifend eine Kompetenz

zur Friedfertigkeit in der Lehrerbildung und -fortbildung gestärkt und inhaltlich und praktisch begleitet werden. Unterrichtseinheiten und Angebote sollen die Tabuisierung der gewaltfreien Konfliktstrategien aufbrechen und den militärischen Lösungen die zivile Konfliktbearbeitung gegenüberstellen.

pax christi ist offizieller Anhörgungspartner des Kultusministeriums zur Weiterentwicklung der Bildungspläne und hat im Oktober 2015 Rückmeldungen zur Thematik der Friedensbildung im Rahmen des Anhörungsverfahrens eingebracht.

Lobbying-Gespräche und Aktionen:

pax christi Rottenburg-Stuttgart wird sich in Lobbying-Gesprächen mit Politikern für unsere Forderungen einsetzen, diese begründen und unsere Positionen in Diskussionen vertreten.

Die VertreterInnen der Grünen müssen an ihren Parteitagsbeschluss vom Dezember 2012 erinnert werden, und die SPD wird sich erneut mit der Forderung nach einer Kündigung der Kooperationsvereinbarung konfrontiert sehen.

Stellen wir uns vor, wie in der Zukunft Entscheidungsträger handeln würden, die sich intensiv mit ziviler Konfliktbearbeitung, Beispielen aktiver Gewaltfreiheit, Dialog und Prävention, mit Friedens- und Konfliktforschung auskennen. Wenn sie um die Hilffähigkeit von Waffenlieferungen und Militärschlägen wissen und kreative und gewaltfreie Regelungen für Konflikte finden. Dann wäre Realität, was Albert Einstein forderte:

•
»Das Denken der Zukunft muss Kriege unmöglich machen.«
 •